

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.263.457

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1010/J-NR/2025

Wien, am 3. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Süleyman Zorba und weitere haben am 03.04.2025 unter der **Nr. 1010/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Herstellung digitaler Souveränität in der Verwaltung** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Ist ihr Ressort aktuell von bestimmten Software- und Hardware-Anbietern abhängig?*
 - *Wenn ja, schlüsseln Sie bitte auf um welche Anbieter es sich handelt und in welchen Ländern sich deren Hauptsitz befindet.*
 - *Wenn ja, erläutern Sie bitte weiters welche Maßnahmen Sie planen, um diese Abhängigkeiten zu verringern und welchen Zeitrahmen Sie dafür vorsehen.*
 - *Wenn nein, worauf begründet sich Ihre Analyse, dass in ihrem Ressort keine Abhängigkeit besteht?*

Durch die hohe Spezialisierung kam es im Bereich der Anbieter von Hard- und Software zunehmend zu Marktkonzentrationen. Dies ist einerseits auf die Globalisierung, die durch

große Unternehmen leichter zu nutzenden Skalen- und Netzwerkeffekte, aber auch auf staatliche Investitionen und Förderprogramme außerhalb der EU zurückzuführen.

Durch die damit einhergehende Marktdurchdringung kam es oftmals zu einer Quasi-Standardisierung von einzelnen Produkten - einige europäische Produkte wurden im Zuge dessen vom Markt verdrängt oder aufgekauft. Dies erkennend und bei der Beschaffung auch immer Resilienzbeurteilungen einfließen lassend, setzt sich das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) aktiv für eine Diversifizierung und den Einsatz von offenen Standards ein, um so nachhaltig Abhängigkeiten zu reduzieren.

Zur Frage 2

- *Wie hoch sind die Kosten, die Sie in Ihrem Ressort jährlich für Software und Hardware von nicht-österreichischen und nicht-europäischen Anbietern (insbesondere Microsoft, Oracle, Amazon, Google, Meta, Apple, IBM, SAP, Adobe, Lenovo, HP, Dell, Acer etc.) aufwenden? Bitte schlüsseln Sie diese Kosten nach Anbieter auf und führen Sie den Hauptsitz-Staat des jeweiligen Anbieters an.*

Eine derartig umfassende und detaillierte Aufgliederung wäre mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Zu den Fragen 3 und 5

- *Wären europäische Alternativen oder Open Source Alternativen zu geringeren, vergleichbaren oder höheren Kosten zu haben?*
- *Gibt es in Ihrem Ressort eine Open Source Strategie?*
 - *Wenn ja, welche konkreten Umsetzungsschritte sind geplant?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Der Einsatz von Open Source Software kann potentiell nützlich zur Erreichung von strategischen Zielen sein, jedoch ist der erfolgreiche Einsatz von Open Source Software stark von den jeweiligen Rahmenbedingungen und den Begleitmaßnahmen abhängig und muss in jedem Fall laufend analysiert und entschieden werden, da sich der digitale Markt häufig ändert. Das Kriterium "Open Source Modell" im Gegensatz zu "proprietäres Lizenzmodell" alleine ist für Produkt-Entscheidungen nicht ausreichend. Im Rahmen der ressortübergreifenden CDO-Arbeitsgruppe "Open Source Software" wurde daher entschieden, statt einer eigenständigen ressortübergreifenden Open Source Software Strategie einen Leitfaden für den Einsatz von Open Source Software bereitzustellen. Der Leitfaden und die digitalen Aktionspläne sind über digitalAustria.gv.at publiziert.

Das BMWET trachtet danach, österreichischen und europäischen Produkten bei vergleichbarem Funktionsumfang, Einhaltung von Industriestandards und Verfügbarkeit entsprechender Support-Leistungen den Vorzug zu geben. Beschaffungen erfolgen grundsätzlich im Wege der Bundesbeschaffung GmbH, der Bundesrechenzentrum GmbH und gemäß den zwingenden Vorschriften des Vergaberechts.

Zur Frage 4

- *Sehen Sie die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von Software- und Hardware-Anbietern mit Hauptsitz außerhalb der Europäischen Union zu reduzieren?*
 - *Wenn ja, welche konkreten Schritte zur Reduzierung der Abhängigkeit sind geplant?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Sowohl das BMWET, als auch die Europäische Kommission sehen eine Notwendigkeit der Lieferkettenresilienz und somit der Reduzierung der Abhängigkeit von Drittstaaten, insbesondere in kritischen Technologien, wie dies etwa im Competitiveness Compass und im Clean Industrial Deal festgelegt ist.

Mit dem Investitionskontrollgesetz 2020 wurde ein Mechanismus geschaffen, der ausländische Direktinvestitionen vorab überprüft. In Österreich wurde in Umsetzung des Europäischen Chip-Gesetzes ein Chip-Gesetz Vorbelastungs- und Begleitmaßnahmengesetz erlassen, welches die Umsetzung des Europäischen Acts darstellt. Des Weiteren beteiligen wir uns an zwei Important Projects of Common European Interest (IPCEI). Unser Ziel ist es Produktionskapazitäten und Innovationen der heimischen Halbleiterindustrie zu stärken.

Zur Frage 6

- *Wie hoch ist der aktuelle Anteil an Open Source Software in Ihrem Ressort?*

Das BMWET setzt neben kommerziell proprietärer Software sowohl Open-Source Anwendungen als auch Individualentwicklungen ein. Das Open Source Betriebssystem Linux ist in der Rechenzentruminfrastruktur stark verbreitet. Zusätzlich werden mehr als 400 Open Source Software Produkte bzw. Komponenten für die IT-Landschaft des Bundes eingesetzt. Der Anteil an Open Source Software besitzt jedoch keine Aussagekraft über Qualität, Ressourcen-Effizienz und Total Cost of Ownership oder Sicherheit der IT-Systeme.

Zu den Fragen 7 und 8

- *Gibt es konkrete Zielvorgaben zum Umstieg auf Open Source bzw. europäische Alternativen?*

- *Wenn ja, wie lauten diese Zielvorgaben?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wie schnell könnten Ihr Ministerium und die Ihnen zugeordneten Behörden vollständig auf europäische Alternativen oder Open Source Alternativen umsteigen?*

Da es im Rahmen der Bundesclient Architektur keinen reinen Open Source Client gibt und die Ressorts auf Grund der intensiven Nutzung von Querschnittsapplikationen des Bundes an den Bundesclient gebunden sind, ist ein Umstieg auf Open Source Produkte zum aktuellen Zeitpunkt nicht praktikabel. Auch ist die Anzahl der über die BBG abrufbaren, auf Open Source basierenden Services und europäischen Alternativen zum aktuellen Zeitpunkt noch sehr gering.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

